

Die Grenzen der Abgrenzung

Der Maghreb fungiert als Schutzwall gegen die Migration Richtung Europa

Mit Ausnahme von Libyen kontrollieren die Staaten Nordafrikas ihre Aussengrenzen und stoppen so die Migration schon ausserhalb Europas. Diese Wächterfunktion aber ist in den betreffenden Ländern umstritten.

BEAT STAUFFER

Unzählige junge Männer in Nord- und Westafrika möchten ihre Länder verlassen, weil sie für sich keine Chancen sehen. Bei der klandestinen Ausreise stossen sie allerdings auf grosse Schwierigkeiten. Denn zum einen sichern die Maghrebstaaten ihre südlichen Grenzen deutlich besser als noch vor einigen Jahren, sagt der marokkanische Ökonom und Migrationsspezialist Mehdi Lahlou. Zum andern seien auch die Grenzen zwischen Algerien und Marokko seit kurzem massiv verstärkt worden. Damit ist eine der wichtigsten afrikanischen Migrationsrouten praktisch unpassierbar geworden. Bezüglich der Grenzen zu den Sahelstaaten gilt es allerdings zu differenzieren. Laut Lahlou wird zwar die marokkanische Grenze zu Mauretanien aus Angst vor der Infiltration von Jihadisten scharf bewacht. Senegalesen und Malier können allerdings für drei Monate ohne Visum einreisen, falls sie über genügend Geldmittel verfügen.

Funktionierende Küstenwache

Algerien hat seine Politik gegenüber Bürgern von Sahelstaaten in den vergangenen Jahren laufend verschärft. So wurden etwa Ende 2014 auf der Basis eines Rückübernahmeabkommens Tausende von Bürgern aus Niger in ihre Heimat zurückgeschafft, und ein Camp klandestin sich aufhaltender Migranten in der Nähe der marokkanischen Grenze wurde aufgelöst. Zugleich werden aber Personen, die aus den Konfliktgebieten in Nordmali fliehen, geduldet. Insgesamt ist die algerische Immigrationspolitik intransparent und stellt ein Tabu dar. Während Regierungsstellen die Zahl schwarzafrikanischer Migranten auf 20 000 schätzen, gehen Flüchtlingsorganisationen von 100 000 aus. Ein Asylgesetz existiert nicht.

Deutlich schärfer als früher kontrolliert auch Tunesien seine südlichen und östlichen Grenzen. Die tunesischen Behörden wollen so das Einsickern von Jihad-Kämpfern aus Libyen und Südalgerien verhindern.

Mit Ausnahme Libyens verfügen zudem alle Maghrebstaaten über eine funktionstüchtige Küstenwache. Tag für Tag berichten lokale Medien über die Rettung und Rückführung klandestin anwesender Emigranten. Zwar existieren weiter Schlupflöcher, doch es ist



Menschenrechtler sprechen von einer «Militarisierung der Grenzen», hier bei der spanischen Exklave Melilla.

REUTERS

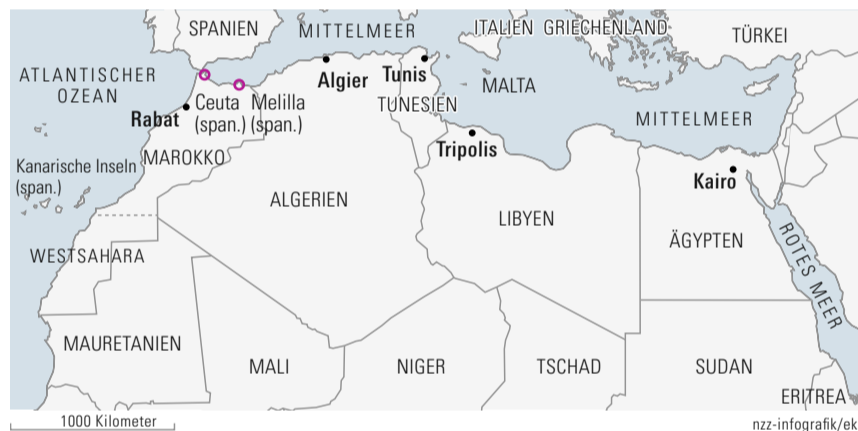
offensichtlich, dass der Grenzschutz weitgehend funktioniert. Die Absicherung der Grenzen hat allerdings zu einer Verschiebung der Migrationsrouten geführt. Wer über genügend finanzielle Mittel verfügt, weicht nach Libyen aus, wo die Seegrenzen nach wie vor offen stehen.

Ein «Limes» für Europa

Die konsequenteste Abschirmung seiner Meeresgrenze unternimmt Marokko. Sie basiert auf einer engen Zusammenarbeit mit Spanien. Diese Politik ist, gemessen an den Zahlen klandestiner Ausreisen, erfolgreich. So sind laut Lahlou in den ersten acht Monaten des Jahres 2015 nur gerade 124 Ausreisen von Südmarokko auf die Kanarischen Inseln erfolgt und rund 8000 nach Spanien.

In einem von Lahlou mitverfassten Bericht heisst es, nur gerade 1,4 Prozent aller illegalen Ausreisen über das Mittelmeer hätten im Jahr 2015 via die westliche Mittelmeerroute stattgefunden. Faktisch funktioniere der Maghreb als «Limes», als Schutzwall zur Sicherung der europäischen Aussengrenzen.

Diese enge Zusammenarbeit ist in Marokko allerdings umstritten. Marokko mache damit die Drecksarbeit für Europa, ist oft zu hören. Zudem stellen die Migranten, die an der Weiterreise gehindert werden, für Marokko eine Belastung dar. Mit einer einmaligen Ausstel-



lung von Aufenthaltsbewilligungen für gestrandete Migranten versuchte Marokko Ende 2014 dafür eine politische Lösung zu finden.

Auf Kritik stösst diese harte Migrationspolitik vor allem bei Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen. Sie sprechen von einer «Militarisierung der Grenzen» bei den beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla und werfen Marokko und Spanien vor, mit der strikten Anwendung des Rückübernahmeabkommens und der gewaltsamen Auflösung von Flüchtlingscamps Völkerrecht zu verletzen. Sie kritisieren aber auch, afrikanische Flüchtlinge hätten in Marokko kaum mehr die Möglichkeit, ein Asylgesuch zu stellen. Kritik an dieser Politik kommt auch von

anderer Seite. Für Lahlou werden die Leistungen Marokkos im Migrationsbereich im Vergleich mit der Türkei von der EU nur ungenügend abgegolten. Für die Jahre von 2014 bis 2020 erhalte Marokko gerade einmal insgesamt 720 Millionen Euro als «Nachbarschaftshilfe». Zudem habe Marokko mittelfristig keine Chancen auf einen EU-Beitritt, und auch von erleichterten Visa-Bestimmungen für Marokkaner sei nicht die Rede. «Marokko erhält für seine Migrationspolitik viel zu wenig Unterstützung und Anerkennung von Europa», sagt Lahlou. Das sei eine kurz-sichtige Politik.

Andere marokkanische Experten sagen warnend, die aktuelle Migrationspolitik sei nicht nur unpopulär,

sondern auch längerfristig nicht tragfähig. Die Lösung könne nur darin bestehen, Maghrebstaaten als Partner zu behandeln und ihre Interessen in Sachen Migration zu berücksichtigen. Sonst werde der Maghreb schon bald nicht mehr bereit sein, diese Politik mitzutragen.

Konkret würde dies bedeuten, dass Europa seine Tore zumindest für gut ausgebildete junge Maghrebener teilweise öffnen müsste. Möglich wären auch Visaerleichterungen für verschiedene Personengruppen. Umgekehrt könnte Europa auf der Rückübernahme von algerischen und marokkanischen Staatsbürgern bestehen. Diese beiden Länder weigern sich bis heute, straffällig gewordene Landsleute und abgewiesene Asylbewerber aufzunehmen.

Aufnahmezentren im Maghreb

Sollte das «marokkanische Modell» in nächster Zeit an Bedeutung gewinnen – was zu erwarten ist –, so würde die Frage nach Aufnahme- und Registrierzentren auf nordafrikanischem Boden wieder aktuell. Denn angesichts des Zustroms von Flüchtlingen wird Europa nicht darum herumkommen, zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und Armutsmigranten zu unterscheiden. Es spricht einiges dafür, diese Selektion bereits am Südufer des Mittelmeers vorzunehmen und damit riskante Überfahrten unnötig zu machen. Die Maghrebstaaten sind jedoch nicht in der Lage, solche Verfahren nach internationalen Standards durchzuführen. Zugleich hegen sie die Befürchtung, abgewiesene Asylbewerber könnten in Nordafrika bleiben.

Zum heutigen Zeitpunkt gibt es kaum eine realistische Chance, in Marokko oder Tunesien derartige Aufnahmezentren zu errichten. Algerien hatte sich bereits vor einiger Zeit klar gegen derartige Camps ausgesprochen. Mittelfristig halten es Experten aber für denkbar, dass Tunesien Hand böte für ein solches Projekt, sofern es die Sicherheitslage erlaubt. Dieses müsste allerdings unter Leitung des Uno-Flüchtlingshilfswerks stehen und auch vom UNHCR oder von der EU finanziert werden. Unabdingbar wäre zudem ein Staatsvertrag zwischen Tunesien und der Uno. Innerhalb des Zentrums käme primär die Flüchtlingskonvention zur Anwendung. Damit liesse sich sicherstellen, dass alle Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgten eine Chance auf ein Asylgesuch hätten.

Ob derartige Zentren auf nordafrikanischem Boden je errichtet werden, steht angesichts der vielen offenen Fragen in den Sternen. Einig sind sich die Experten allerdings in einem Punkt: Eine neue, tragfähige Migrationspolitik wird Europa so oder so teuer zu stehen kommen.

Scheinheilige moralische Empörung

Tausende von Spaniern demonstrieren gegen die Rückschaffung von Migranten

Spanien fordert individuelle Asylverfahren für die nach Europa gelangenden Flüchtlinge. Das Land selbst schottet sich effizient gegen Migranten ab.

CORNELIA DERICHSWEILER, MADRID

In Madrid und in mehr als fünfzig weiteren spanischen Städten sind Demonstranten am Mittwochabend gegen den geplanten Flüchtlingspakt auf die Strasse gegangen, den eine Reihe von EU-Ländern mit der Türkei schliessen will. Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen hatten zu den Kundgebungen aufgerufen. In der nordwestspanischen Region Galicien wurde bei einigen Rathäusern und anderen Amtsstellen aus Protest gegen den geplanten

Pakt sogar die europäische Flagge von den Balkonen entfernt.

In Madrid haben sich derweil alle im Parlament vertretenen Parteien mit Blick auf den EU-Gipfel in Brüssel auf eine gemeinsame Position verständigt. Der geplante Flüchtlingspakt zwischen der EU und der Türkei wird einstimmig abgelehnt. Spaniens amtierender Ministerpräsident Mariano Rajoy wird nun in Brüssel auf der Grundlage eines gemeinsam ausgearbeiteten Papiers verhandeln.

Recht auf Asylverfahren

In der Vereinbarung heisst es, dass Spanien nur eine Regelung mittragen werde, die mit dem internationalen Recht vereinbar sei; es dürfe keine pauschalen Ausschaffungen geben. Jeder Flüchtling, der in der EU ankomme, habe ein Anrecht auf ein individuelles Asylverfah-

ren. Der Plan dringt auch auf eine gerechte Verteilung der nach Europa gelangenden Flüchtlinge. Madrid selbst hat sich bereits vor Monaten im Rahmen eines EU-Beschlusses dazu verpflichtet, 18 000 Asylbewerber aufzunehmen. Bisher kamen aber erst 18.

Spanien ist in der Vergangenheit für seine Flüchtlingspolitik viel gelobt, aber auch manches Mal kritisiert worden. Als eine der Südgrenzen Europas setzt sich das Land schon seit langem gegen illegale Einwanderung zur Wehr. Nur 14 Kilometer sind es an der schmalsten Stelle zum afrikanischen Kontinent. Die Route über die Strasse von Gibraltar war einst das wichtigste Einfallstor nach Europa.

Vor mehr als zehn Jahren begann Spanien diesen Weg in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern und über ein ausgefeiltes Kontrollsystem zu sperren.

Ein spezielles Problem stellen dabei die beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla an der marokkanischen Küste dar. Spanien zog die Zäune hoch und machte so auch diesen Weg dicht. Später stachen die Boote dann von Senegal oder Mauretanien aus in See, um auf die Kanaren zu gelangen. Daraufhin entsandten die Spanier Grenzpolizisten nach Westafrika. Sie fingen, mit einheimischer Unterstützung, die Boote bereits in Küstennähe ab.

Rücknahmeabkommen mit den Herkunftsländern der Migranten – sie werden begleitet von Entwicklungsprogrammen mit Beträgen im dreistelligen Millionenbereich – führten schliesslich zu Rückführungen und zu einem drastischen Rückgang der illegalen Einwanderung. 2006 hatten noch Boote mit insgesamt mehr als 31 000 Afrikanern an Bord die Kanarischen Inseln er-

reicht, inzwischen ist der Strom praktisch versiegt.

Robuste Abwehr

Dabei steht Spanien allerdings immer wieder in der Kritik, die internationale Flüchtlingskonvention zu missachten. Menschenrechtsorganisationen monieren, dass Migranten, die über die beiden Exklaven Ceuta und Melilla spanischen Boden erreichten, mitunter umgehend von Beamten nach Marokko zurückbefördert werden. Nach geltendem Gesetz müssten sie aber zunächst zu einer spanischen Polizeiwache und dann in ein Auffanglager gebracht werden, bevor über eine Ausschaffung entschieden wird. Flüchtlingsorganisationen haben wegen der Praktiken der Grenzpolizei vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Klage erhoben.